

#### **4. Zusammenarbeit mit Ausländerbeiräten außerhalb der AGAH, Institutionen, Parteien, Organisationen und Verbänden**

Die Zusammenarbeit mit Landesregierung, Landtag, Parteien und gesellschaftlichen Organisationen ist eines der zentralen Aufgabenfelder der AGAH. Aber auch die Unterstützung von Ausländerbeiratsinitiativen nicht nur in Hessen und die tatkräftige Unterstützung neu gewählter Ausländerbeiräte sind weiterhin wichtiger Teil unserer Arbeit.

Eine erfolgreiche und vor allem wirksame Interessenvertretung auf Landesebene setzt einerseits einen quantitativ starken Landesverband voraus. Andererseits ist die Suche nach Bündnispartner/innen, die Zusammenarbeit mit möglichst allen gesellschaftlich relevanten Gruppen, aber auch der Dialog mit politisch Andersdenkenden unabdingbar für eine Verbesserung der politischen, rechtlichen, sozialen und gesellschaftlichen Situation aller Migrant/innen und ihrer Kinder in Hessen. Integration findet ohne diesen Dialog nicht statt.

Die Förderung von kommunalen Ausländerbeiräten auch außerhalb der Landesgrenze und die Unterstützung bzw. Zusammenarbeit mit anderen Landesarbeitsgemeinschaften stärkt die Idee der Selbstvertretung und zieht letztendlich positive Auswirkungen auf die politische Durchsetzungsfähigkeit auch des eigenen Verbandes nach sich.

Landespolitisch dominierendes Thema war im Berichtszeitraum die Frage der Integration. Das „Ja zur Integration“, mit dem die CDU die Landtagswahl 1999 gewonnen hatte und das zu einem Schwerpunkt der Landespolitik erklärt worden war, galt es nunmehr mit Inhalten zu füllen. Ansinnen der AGAH war es dabei, sich aktiv einzumischen und einen Beitrag zu leisten, damit Integration keine leere Worthülse bleibt und vor allem nicht auf eine einseitige Bringschuld der Migranten reduziert wird.

Es würde den Rahmen des Berichts sprengen, eine Bewertung der Intensität und Effektivität der jeweils bestehenden Kooperationen vorzunehmen. Es soll nur dort versucht werden, wo sich merkbare Veränderungen ergeben haben und eine inhaltliche Notwendigkeit vorhanden ist. Ebenfalls soll darauf verzichtet werden, die Anlässe oder Ergebnisse der

Zusammenarbeit im Detail zu schildern. Diese ergeben sich in der Regel aus den anderen Kapiteln bzw. sind sie dort bereits erwähnt.



## 4.1 Ausländerbeiratsinitiativen

Bedingt durch die gesetzliche Verankerung der Ausländerbeiräte in Hessen gab es im Berichtszeitraum nur noch wenige Kommunen, die die Wahl eines Ausländerbeirates erstmals vorbereiteten.

Im Vorfeld der Ausländerbeiratswahlen am 04. November 2001 unterstützte die AGAH insbesondere die Kommunen, in denen erstmals oder nach einer Pause wieder Listen zur Wahl aufgestellt wurden: Elz, Hadamar, Limburg, Oestrich-Winkel und Wächtersbach.

Kandidaten aus Elz informierten sich telefonisch oder durch Besuche über die Möglichkeiten der Wählerinformation. In Hadamar wurde am 8. August 2001 eine Wahlinformationsveranstaltung, am 11.08.2001 zudem in Fürth durchgeführt. Trotz zwei Veranstaltungen am 16. und 23. August 2001 blieben jedoch die Bemühungen in Bad Camberg erfolglos, einen Wahlvorschlag einzureichen.

### Kreisausländerbeirat Main-Kinzig

Weiterhin unterstützt wurde die Initiative der kommunalen Ausländerbeiräte im Main-Kinzig-Kreis, einen Kreisausländerbeirat zu installieren. Vertreter der AGAH nahmen u. a. an der Delegiertenversammlung am 03.06.2000 der in 1999 gebildeten Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Main-Kinzig-Kreis teil und führten regelmäßige Gespräche mit dem Vorstand, so am 12. Dezember 2000.

Nach über fünf Jahre andauerndem Engagement der Akteure vor Ort und vielen Gesprächen, an denen auch immer wieder Vertreter der AGAH beteiligt waren, konnte nach der Kommunalwahl im März 2001 erreicht werden, dass die Koalitionspartner von SPD und CDU sich mit ihrem Koalitionsvertrag auf die Einrichtung eines Kreisausländerbeirates nach dem Delegiertenprinzip festlegten. Ein formaler Beschluss des Kreistages lag jedoch gegen Ende des Berichtsjahres noch nicht vor.

### **Kreisausländerbeirat Main-Taunus**

Auch die Bemühungen, im Main-Taunus-Kreis einen Kreisausländerbeirat zu installieren, wurden in den Jahren 2000 und 2001 weiterverfolgt und unterstützt. So nahmen Vertreter der AGAH an einem Koordinati-onstreffen am 8. Februar 2000 in Liederbach teil.

Die Kreistagsfraktionen von CDU und FDP sprachen sich jedoch im Herbst 2000 gegen einen Kreisausländerbeirat aus und favorisierten das Modell eines Integrationsbeirates, der nach der Kommunalwahl 2001 eingesetzt werden sollte. Dagegen befürworteten die SPD, Grüne und Freie Wähler die Einrichtung eines Kreisausländerbeirates.

Während der Konflikt gegen Ende des Jahres 2000 zusehends eskalier-te, bemühte sich die AGAH, schlichtend einzugreifen und davon zu über-zeugen, dass Ausländerbeirat und Integrationsbeirat keine Alterna-tivmodelle sind, sondern unterschiedliche Funktionen erfüllen. Diese Position wurde nicht nur am 15. Februar 2001 in einer Anhörung des Sozialausschusses des Kreistages deutlich vertreten, sondern auch dem Hessischen Ministerpräsidenten am 11. Januar 2001 vorgetragen.

Ergebnis der Auseinandersetzungen ist ein Beschluss des Kreistages im Oktober 2001, mit dem einerseits die Einrichtung eines Integrationsbei-rates, andererseits eine Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländerbeiräte im Main-Taunus-Kreis besiegelt wurde, die wiederum sechs Vertreter für den Integrationsbeirat benennt. Einen eigenständigen Kreisausländerbeirat im Sinne der Hessischen Landkreisordnung wird es nunmehr in absehbarer Zeit nicht geben.